Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 28. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 3. Februar 1931. | 13. Jahrgang.

Wer über die Kleinigkeiten des Lebens beständig am Murren ist, der hat überhaupt die großen Wohltaten Gottes ganz aus den Augen verloren.

Fr. v. Bodelschwingh †.

Nacht und Morgenhoffen.

Von Boersing-Kierspe.

In den ersten Tagen dieses Jahres ging ein banges Aufhorchen durch Deutschland. Wieder einmal ballten sich an Ruhr und Niederrhein drohende Wetterwolken.

Willig und dienstbereit, wenn nicht furchtsam, starren seit nun elf Jahren die Führer unseres Volkes nach der restlichen Welt, wo Haß, Lüge und blutige Schuld sich ihres Sieges über uns freuen; die furchtbare, Gott und Menschen hassende Macht, die nun schon ebenso lange das unglückliche Rußland knechtet und je eher je lieber den roten Schrecken auch über uns bringen möchte, wurde für nicht so gefährlich angesehen. Die bei uns den Umsturz und die Herrschaft der Gasse predigten, waren unbelehrbare Kinder, und eine schwarz-weiß-rote Kranzschleife war für das Ansehen und die Sicherheit des Staates ein schlimmeres Ding als ein dröhnend durch die Gassen stampfender Menschenzug mit der blutroten Sowjetfahne.

Nun sind die Kinder einmal recht ungezogen gewesen. Sie haben, recht vernehmlich, mit ihren Mordwaffen einen tollen Lärm gemacht.

Alle Taten eines natürlichen Menschen werden von seinem Brot, Geld und Macht fordernden Ich bestimmt. Je und je haben die beiden Begriffe Brot und Freiheit die gewaltigsten Geschehnisse der Weltgeschichte gezeitigt, ob die zündenden Worte nun von einem Kronenträger oder einem Blusenmann in das Volk geworfen wurden.

Es heißt, die aufputschenden und aufhetzenden Umstürzler, die jüngst unsere Kohlenzechen stillegen wollten, seien Sendlinge Moskaus gewesen. Nun, das glaube ich auch. Aber doch gellte furchtbar, jedem Kundigen vernehmbar, zwischen den Heil-Moskau-Rufen, dem Gebrüll und Gestampf bezahlter Radaumacher der Schrei unserer Erwerbslosen nach Brot.

Und dieser Schrei, der doch nicht erst gestern aus der Tiefe des Volkes steigt, wird immer noch nicht recht verstanden. Nach brotgebender Arbeit wird gerufen, nicht nach einem Almosen. Der zum Müßiggang Verdammte will einen Hammer, einen Hobel oder sonst ein werteschaffendes Gerät in die Hand nehmen können — man drückt ihm ein armseliges Stück Geld hinein, eben genug, daß er nicht verhungert.

Wie lange noch soll er sich das gefallen lassen?

Nicht nur unsere Regierungen — es sind ja jetzt wohl dreizehn, die wir in unserer Republik gehabt haben — nein, wir alle sind schuldig an dem Elend unserer Volksgenossen. Wer den Lauf seines kleinen Tages und den Gang der großen Weltgeschichte beobachtet, der weiß, daß nicht nur die Führer, sondern auch die Geführten das Wohl und Wehe eines Volkes bestimmen. Keiner lebt für sich selbst, mit unseren Handlungen, Reden und Unterlassungen wirken wir auf unseren Nächsten und durch ihn wieder auf weitere und weiteste Kreise.

Es haben, als wir vor elf Jahren trauernd an den Trümmern des stolzen Deutschen Reiches standen, unsere Edelsten und Besten uns getröstet und gesagt, daß all das Unheil nur über uns gekommen sei, weil Gott sein Herz auf uns gerichtet habe, um uns unsere tiefen Schäden zu zeigen. Und wer wie sie den Weg unseres Volkes kannte, der sagte erschüttert Ja und Amen. Zu einem Lehrer in Dortmund sagte während des Krieges ein Junge: „Mein Bruder hat keine Lust mehr zum Kämpfen. Wozu denn? Für das bißchen Erde im Blumentopf?" Dieser Junge hatte und hat viele Brüder bei uns. Die Blume der Vaterlandsliebe blüht nicht in dem Gossenschmutz und den muffigen Arbeiterwohnungen unserer Fabrikstädte. Das war das erste, was wir aus dem jammervollen Ende des Krieges hätten lernen sollen, wir haben aber aus unserem gewaltigen Fall und all dem nachfolgenden Elend nichts gelernt. Ja, es ist noch viel schlimmer mit uns geworden, als es vor elf Jahren war. Der Deutsche, scheint's, kann nun einmal nicht leben, wenn er sich nicht mit seinem Bruder streiten kann. Stand steht wider Stand, Schicht wider Schicht, Gemeinschaft wider Gemeinschaft, unfroh des Gebens und des Liebens, nicht fähig, Rechthabe- und Streitsucht dem Wohl des Vaterlandes zu opfern. Andere aber — und ihre Zahl ist immer noch nicht klein — fordern mit ihrem gedankenlosen Treiben noch mehr als sonst den Grimm des darbenden Volkes heraus. Auch unser ehrbares Gastgewerbe hat unter der allgemeinen Not zu leiden, wer aber einmal spät durch eine unserer glanzvollen Großstadtstraßen geht, dem tönt aus Bars und Tanzpalästen das „Nach uns die Sündflut!" noch viel schauerlicher entgegen als je. Gestern las ich in großer Aufmachung die Zeitungsanzeiger zweier der bekanntesten und größten Kölner Vergnügungsstätten, die für Samstag und Sonntag — die ganze Nacht durchgehend — zur Karnevalsfeier einladen. Brot und Spiele, es ist immer noch der alte Rummel. Und das in seinen Läden, Werkstätten und Amtsstuben bedachtsam oder auch mühevoll und angestrengt arbeitende Bürgertum schließlich hat einerseits soviel Sorgen und Nöte, glaubt aber auch andererseits allerlei kleine Annehmlichkeiten des Lebens nicht entbehren zu können, so daß für das Elend der Gasse höchstens noch ein ungern gereichtes Zehnpfennigstück oder gelegentlich ein alter Rock übrig bleibt.

Wir sind alle wie mit Blindheit geschlagen. Längst hätte uns unser jammervolles Geschick zu einer Notgemeinschaft machen müssen, aber immer noch sieht jeder nur auf seinen Weg. Als auf Geheiß Moskaus jüngst an Rhein und Ruhr von schießenden Männern und knüppelschlagenden Weibern zu einem Generalstreik aufgefordert wurde, gab es hier im Westen — und auch wohl anderswo — doch ein banges Atemanhalten. Heute ist bereits alles wieder gut. Daß die Sowjets doch einen Erfolg gehabt haben, daß sich die kommunistischen Bergarbeiter zu einer revolutionären Gewerkschaft zusammengeschlossen haben, das macht weiter nichts.

Und unsere Feinde? Auch die sind blind. Der Zentrumsführer Dr. Kaas hat in seiner Kasseler Rede zwischen Nationalsozialisten und Zentrum einen Trennungsstrich gezogen. Er hat aber auch die Franzosen nachdrücklich gefragt, ob sie glauben, auf einer Insel der Seligen leben zu können, wenn ganz Ost- und Mitteleuropa in Flammen steht: Er warnt sie, in einem starren Festhalten an den unseligen Friedensverträgen den Gipfel der politischen Weisheit zu sehen. Und das Echo aus Frankreich? Die Blätter aller Parteien freuen sich, daß sich das Zentrum so eindeutig von der Hitlerpartei losgesagt hat. Ueber den Status quo aber kein Wort. Dagegen kamen Nachrichten über den Kanal, die sagten, daß Frankreich und England in ihrer Eigenschaft als Gläubigermächte gegenüber Deutschland gemeinsame Interessen haben. „Bitte, keine Revisionsforderungen des Youngplans! Und erst recht keine Abrüstungsforderung oder gar ein Drohen mit eigener Aufrüstung!"

Nun, das ist ungefähr dieselbe Rede, wie wir sie vor vielleicht 8 Jahren von drüben hörten, als uns klipp und klar gesagt wurde, daß „man" es nicht gerne sähe, wenn das amtliche Deutschland die Schuldfrage des Krieges aufrollen würde. Eine Mahnung, die bis heute von uns in aller Ergebenheit befolgt wurde. Und die auch weiter befolgt werden wird. Schweigen und zahlen! Die Erfüllenden aber werden immer Geknechtete bleiben.

Summa Summarum: Wir stecken in einer trostlosen Finsternis. Deutschland gleicht einem Mann, der seinen hungernden Kindern das Brot vorenthält, sich aber von erpresserischen Nachbarn das für den Brotankauf nötige Geld willig aus der Hand nehmen läßt. Und er weiß doch, daß ihm die Nachbarn feindlich gesinnt sind, daß sie trotz aller ihrer geschwollenen Reden von Menschlichkeit und Gerechtigkeit nichts lieber sähen, als wenn seine Kinder verhungerten.

Freilich, um das Bild möglichst wirklichkeitsnahe zu gestalten, muß auch gesagt werden, daß der Mann trotzdem für die Kinder noch etwas Brot kaufen könnte, wenn er nicht noch immer einen Teil seines kargen Einkommens durch die Gurgel jagte, vertanzte, in die Luft paffte und in unnötigen Dingen anlegte.

Und dennoch, trotz Finsternis und Hunger, trotz Moskau und der Bedrückung durch unsere westlichen Feinde, für die wir, wie es scheint, außer den zwanzig Millionen Menschen auch noch zwanzig Milliarden Mark zuviel haben — trotz all dem geht es wie eine verheißungsvolle Bewegung durch das Volk, ja, ganz optimistisch Eingestellte wollen jetzt endlich den sagenhaften Silberstreifen sehen, von dem unsere Erfüllungs- und Locarnopolitiker schon vor fünf Jahren gefabelt haben.

Daß ich es gleich vorausschicke: ich will hier nicht der Hitlerpartei das Wort reden. Aber das fühlen wir alle, daß Neues im Werden ist. Noch etwas Unklares, nur dumpf Empfundenes, aber doch etwas Vaterländisches, Deutsches. August Winnig hat einmal gesagt: „An dem Tage, da der Sozialismus national wird, beginnt Deutschlands Aufstieg." Das ist ohne Frage ein wahres Wort. Aber ebenso wahr ist auch dieses: dann geht es wieder aufwärts mit uns, und freudig und unwiderstehlich aufwärts, wenn der Nationalismus sozial wird.

Je tiefer die Nacht, je näher der Morgen. Ist es denn so merkwürdig, wenn jetzt, mitten in unserer tiefsten Not, ernste und stille und nachdenkliche Menschen wieder zu hoffen wagen? Wer die deutsche Geschichte kennt, der weiß, wie unverwüstlich in unserem Volk der Lebenswille ist. Und jeder, der offenen Auges und Ohres durch unsere trüben Tage geht, weiß auch, daß es wahr ist, wenn Hindenburg in seiner Neujahrsbetrachtung sagt: „Trotz allem Gegensätzlichen wirken bei uns starke und innerlich verbundene Kräfte, die uns Gesundung und Aufstieg verheißen."

Wenn unsere Not doch uns allen das schenken wollte: die Erkenntnis, daß nur der Sozialismus den Marxismus überwindet. Ein Sozialismus, wie ihn schon längst die Besten unseres Volkes gepredigt und gefordert haben: statt eines Blumentopfes voll geschenkter oder erbettelter Erde jedem ehrlich schaffenden Deutschen einen eigenen Garten, ein eignes Haus!

Brüderlichkeit und Gerechtigkeit! Das — und nur das allein — ist das Wesen, an dem Deutschland genesen kann.

Wir warten der kommenden Tage, der kommenden Männer. Mit Ehrfurcht. Denn wir wissen, nur Opfernde, vielleicht alles Opfernde, werden unsere Befreier sein.

Wird der „Fünfjahresplan" gelingen?

Hinter dem russischen Fünfjahresplan steckt ein gewaltiger, man möchte fast sagen, titanischer Wille, nicht nur ganz Rußland zu industrialisieren, sondern, falls der **Plan gelingt, Rußland zum Lehrmeister** für die ganze übrige Welt zu machen. Zum Lehrmeister zunächst in wirtschaftlicher Beziehung, aber mit dem deutlichen Hintergedanken, dadurch auch die politische Umwälzung der ganzen Welt, ihren Uebergang zum Kommunismus vorzubereiten. So hängt von dem Gelingen oder Mißlingen des Fünfjahresplanes ungeheuer viel ab, denn um auch die andere Seite eben genannt zu haben — das Mißlingen des Planes würde nicht nur eine Wiederholung des Experimentes in absehbarer Zeit unmöglich machen, sondern dieses Mißlingen würde gleichzeitig einen schweren Schlag gegen den Kommunismus und seine gegenwärtigen Führer bedeuten.

Ein Blatt „Economist", welches das führende Blatt der Finanzwelt genannt wird, hat vor kurzem einen Sachverständigen nach Rußland gesandt mit dem ausdrücklichen Auftrag, über den Fortschritt des Fünfjahresplanes zu berichten. Es sind schon öfter Berichte über dieselbe Sache von Besuchern Rußlands gegeben worden, aber es wird behauptet, daß kein Berichterstatter so technisch kompetent und objektiv in seiner Haltung sein könne, wie der Berichterstatter des „Economist". Der Herausgeber sagt in der Einleitung zu diesem Bericht, unser Korrespondent hütet sich vor einem zu positiv ausgesprochenen Urteil. Er beschreibt nur, was er gesehen hat und weckt dadurch selber eine Reihe Fragen in uns. Besitzt Rußland — das ist die erste Frage — oder kann es in kurzer Zeit die notwendige erfahrene Arbeiterschaft erziehen, um die Maschinen, und seien es die besten, wirklich in Gang zu halten? Kann Rußland ferner die notwendige organisatorische Fähigkeit aufbringen, um mit Aussicht auf Erfolg industrielle oder landwirtschaftliche Unternehmungen zu leiten, die auf einer so gewaltig breiten Grundlage angelegt sind, oder werden diese soweit angelegten Organisationen eben an ihrer weiten Unübersichtlichkeit zugrunde gehen? Schließlich — und diese Frage scheint die wichtigste zu sein — werden günstige Resultate sich schnell genug zeigen, um Rußland für die Entbehrungen zu entschädigen, welche es gegenwärtig aushält? Oder wird die Armut und die Ueberanstrengung der Volkskräfte es zu einem neuen verhängnisvollen Zusammenbruch bringen? Diese letzte Frage wird noch dadurch unterstrichen, daß der Berichterstatter zwei sich einander aufhebende Eindrücke in gleicher Stärke empfangen hat: Der eine über die Begeisterung von Jungrußland, der andere über die Verdrossenheit des älteren Teiles der Bevölkerung, welcher schon das Elend des Krieges erlitten hat, ferner das Chaos, welches der Revolution von 1917 folgte und der nun noch wieder eine Last auf sich nehmen soll, die nicht geringer ist als die vergangene. Ist die Begeisterung für die Neuordnung wirklich weit verbreitet oder beschränkt sie sich doch nur auf eine kleine Zahl von Menschen? Kann man der Zeit vorauseilen dadurch, daß man den Glauben an die Zukunft und die Unterwürfigkeit unter eine harte Diktatur miteinander verbindet? Sollte das genügen, um die Masse der Bevölkerung zum Aushalten zu bringen?

Nach diesen Zeilen, welche schon von dem Herausgeber des Berichtes ausgesprochen werden, kommt der Berichterstatter selbst zu Worte. Er sieht die gewaltige Umwälzung, welche der Fünfjahresplan hervorbringen soll, darin, daß es sich nicht nur um eine neue Technik, sondern um einen neuen Geist handelt. Nicht nur um vollkommene Maschinen, sondern um eine Veränderung der Haltung den Maschinen gegenüber. Der Erfolg wird schließlich von dem menschlichen Faktor abhängen, nämlich davon, wie weit die Arbeiterschaft diese Maschinen bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen kann. Man weiß in Rußland heute, daß es sich darum handelt. Darum eine solche geradezu erschreckende Propaganda dafür, daß man sich begeisterter der Arbeit hingeben müsse. Sowohl in der Presse wie in den Fabriken werden alle Methoden angewandt, Spott, Drohung, Schmeichelei, Appell an den nationalen Stolz der Arbeiter, um nur diesen neuen Arbeitsgeist der Hingabe an die Maschine zu schaffen. Es ist ja nicht zufällig, daß man vor einiger Zeit die Maschine wie eine Gottheit in Rußland durch die Straßen hat ziehen lassen. Sie ist bei der Mechanisierung des wirtschaftlichen Lebens, wie sie mit dem Fünfjahresplan zusammenhängt, in der Tat wie zu einer Gottheit geworden. Nicht nur in der Industrie, nein, gerade besonders auch in der Landwirtschaft soll die Maschine während der kurzen Zeit von 5 Jahren eine ungeheuerliche Steigerung der Produktivität des Landes hervorbringen. Und dadurch, daß sie die Menschen zwingt, kollektivistisch zu arbeiten, soll sie auch der Wegbereiter für den Kommunismus werden.

Der Berichterstatter hält für wahrscheinlich, daß ein großer Teil der Bauernschaft sich an die neue landwirtschaftliche Technik mit Zuhilfenahme der Maschine schon gewöhnt hat. Er sieht aber das Ziel des Fünfjahresplanes, hierdurch den Kommunismus zu befördern, als durchaus nicht erreicht an. Es sei im Gegenteil schon deutlich geworden, daß weder die Mechanisierung noch die Kollektivierung (Gemeinschaftsarbeit) den Kommunismus schaffen könnten. Ebenso läßt er sich nicht einfach mit Gewalt aufzwingen. Immerhin sei auch hier noch nicht das letzte Wort gesprochen. Besonders die Idee eines neuen Lebens, welche in der jüngeren Generation geweckt sei, könne vielleicht günstig auch für die Entwicklung des Kommunismus wirken. Sehr dramatisch beschreibt der Berichterstatter, wie umwälzend im Dorfe die bloße Einrichtung einer Traktor-Station auf Jung-Rußland wirkt. Durch den Traktor wird ja nicht nur Pflügen, Säen, Ernten in der Hauptsache von den Maschinen geleistet, von da aus werden die Knaben gelehrt, elektrisches Licht zu produzieren, und vieles andere maschinelle zu lernen. Natürlich zieht auch Kino und Radio durch die Traktorstation mit ins Dorf hinein.

Man spüre in Rußland gegenwärtig eine ähnliche Atmosphäre wie während des Krieges. Es handele sich nicht darum, mehr Lohn zu bekommen, sondern „diesen Krieg zu gewinnen", nämlich den Erfolg des Fünfjahresplanes um jeden Preis und um jedes Opfer zu sichern. Darum suche man den Stolz auf den zu erwartenden Erfolg und die Hoffnung, einmal teil an der neuen sozialen Wohlfahrt zu haben, zu wecken. So soll denn eine gänzlich neue Gesellschaftsordnung herauskommen, die sich auf einer merkwürdigen Mischung amerikanischer Hast, idealistischer Propaganda und Methoden der schlimmsten Tyrannen, welche die alte Welt gekannt hat, zusammensetzt. Trotz dieser Kritik wird zum Schluß des Artikels zugegeben, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise durch das russische Vorgehen vor ernste Fragen gestellt werde. Habe man über der Jagd nach privatem Gewinn nicht die soziale Wohlfahrt zu sehr vernachlässigt? Sei man nicht in der Wirtschaft bisher planlos vorgegangen, in der Meinung, der Fortschritt käme ganz von selbst?

Alles in allem verdient das, was in Rußland vor sich geht, auch von dieser Seite gesehen, immer aufs neue unsere ernsteste Beachtung. W—m.

Um die Schutzgebietsanleihen.

Es ist den Lesern wohl bekannt, daß augenblicklich in Berlin teilweise auf Grund des Armenrechtes von Besitzern der Schutzgebietsanleihe ein Prozeß gegen das Deutsche Reich geführt wird. Zinsen sind schon ca. 10 Jahre nicht mehr gezahlt worden.

Ein Gerichtstermin hat bereits stattgefunden. In demselben hat sich das Deutsche Reich auf den Standpunkt gestellt, es sei nur Bürge und zuerst müßten die Besitzer gegen den eigentlichen Schuldner, „die Schutzgebiete" klagen. Es besteht eine Vereinigung der Schutzgebietsanleiher, die aber jahrelang nichts Durchgreifendes getan hat, sondern sich aufs Warten verlegte. Man hoffte, durch das Haager Schiedsgericht zu obsiegen, zumal auch von ausländischen Sachverständigen Gutachten vorlagen, nach denen diese Anleihe einen Goldcharakter habe, weil in den Schutzgebieten nie eine Inflation gewesen und z. B. die südafrikanische Regierung Vorkriegsschulden ℳ 1.00 = sh 1.00 umgewandelt hat.

Das Deutsche Reich hat nun großzügig im Haag bei der Annahme des Youngplanes erklärt, daß es auf alle Regreßansprüche gegen die Mandatsmächte der Schutzgebiete Verzicht leiste. Eine Behandlung der Sache durch das Haager Schiedsgericht ist infolgedessen nicht mehr möglich, fondern es bleiben nur zwei Wege übrig, entweder müssen die Besitzer gegen die Schutzgebiete vor den zuständigen Gerichten in den früheren Schutzgebieten klagen oder aber gegen das Deutsche Reich.

Wie man hört, soll jetzt im Finanzministerium ein Gesetz vorbereitet werden, durch welches nach bolschewistischem Muster die Besitzer der Schutzgebietsanleihe genau so betrogen werden, wie seinerzeit die Besitzer und Zeichner von Kriegsanleihen.

Die Besitzer der Schutzgebietsanleihen haben nun den begreiflichen Wunsch, das Reich möchte zunächst ein derartiges Gesetz nicht herausbringen, sondern möchte der Vereinigung der Schutzgebietsanleihenbesitzer soviel Mittel in die Hand geben, daß der Prozeß in den Schutzgebieten finanziert werden kann. Die Kosten dieses Prozesses werden verschieden beurteilt und schwanken zwischen M. 10—100 000.— Justizrat Rothe, der Rechtsgelehrte, der seinerzeit den Prozeß des deutschen Kaisers gegen die südafrikanische Union mit Erfolg geführt hat, hält den Prozeß für sehr aussichtsreich.

Ob denn das Deutsche Reich gar kein Interesse hat, daß Hunderte von Millionen Goldmark aus dem Ausland hereinkommen und zwar nicht als Darlehen, sondern als Eigentum seiner Bürger?

Das Deutsche Reich, das soviel kostspielige Reisen nach Genf machte, könnte wirklich für eine solche Sache mal M. 10—100 000.— zur Verfügung stellen.

Wer von den Anleihenbesitzern, um Geld zu beschaffen, genötigt ist, seine Titel zu veräußern, kann solches nur an der Börse tun und erhält nicht mehr als 1,5 bis 1,75 Prozent dafür. Das Deutsche Reich scheint eine solche Bewertung für richtig zu halten!

Wenn man bedenkt, daß ein deutscher Finanzminister vor kurzem ein mündelsicheres Reichspapier — trotz seines Charakters als mündelsichere Anlage — als reines Spekulationspapier bezeichnet, braucht man sich über nichts mehr zu wundern, und vielleicht ist der Tag nicht fern, an dem der Herr Finanzminister erklärt: „Sämtliche deutsche Reichsanleihen sind Spekulationspapiere, für deren Besitzer das Reich nichts übrig hat. — Mein ganzes Interesse gilt pünktlicher Einhaltung der Tributlasten."

R. R.

Aus den Parteien.

Am Sonntag, den 25. Januar, fand im Evangelischen Vereinshaus in Herford die Jahresversammlung des Evangelischen Volksdienst Westfalen-Ost statt. Die stark besuchte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden mit Lied und Gebet eröffnet.

Hierauf erstattete Herr Scheele den Jahresbericht. Besonders erfreulich kam darin zum Ausdruck, daß die Bewegung in stetem Wachsen begriffen ist. Nach dem Kassen- und Pressebericht fand eine lebhafte, von großem Interesse zeugende Aussprache statt.

In einer Entschließung wurde der Reichstagsfraktion das volle Vertrauen ausgesprochen, besonders wurde der Fraktion gedankt für das tatkräftige Eintreten für die Not der Tabakarbeiter, zugleich wurde ihr die Bitte unterbreitet, für die stärkere steuerliche Erfassung der Zigarette einzutreten.

Hierauf fand die Vorstandswahl statt, in der Herr Postschaffner Scheele-Quelle einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Punkt 6 Uhr wurde die Versammlung mit Gebet geschlossen.

*

Die „Tägliche Rundschau", Organ des Christlich-Sozialen Volksdienstes!

Wie die „Tägliche Rundschau" jetzt mitteilt, hat der Christlich-Soziale Volksdienst nun uneingeschränkten Einfluß auf die politische Haltung des Blattes. Damit scheint es nun erreicht zu sein, daß der Christlich-Soziale Volksdienst über ein eigenes Organ verfügt, dessen er für seine politische Arbeit unbedingt bedarf. Möge nun die „Tägliche Rundschau" ein tapferer Mitstreiter werden auf dem Kampffeld der Presse, auf dem so noch manches im Argen liegt.

Söderblom nicht Freimaurer!

Dankenswerterweise hat Erzbischof Söderblom meine Anfrage in Nr. 6 des „Aufwärts" in Nr. 18 vom 22. Jan. d. J. öffentlich selbst beantwortet. Das ist wertvoller, als wenn nur persönlich und privat bei ihm angefragt und ebenso von ihm die Erwiderung erfolgt wäre.

Auf meine Anfrage im „Aufwärts" sind mehrere briefliche Zuschriften an mich ergangen, die auf Grund von Publikationen, die den Briefschreibern als unbedingt zuverlässig erschienen, optima fide Söderblom mit Bestimmtheit als Freimaurer bezeichneten. Man sieht mal wieder, daß für zuverlässig gehaltene Quellen leider oftmals tatsächlich unzuverlässig sind, und man muß wünschen und erwarten, daß alle, denen an der Wahrheit liegt, dafür Sorge tragen, die Erklärung Söderbloms überall bekanntzugeben, damit überall berichtigt wird, was unzutreffenderweise über Söderbloms Zugehörigkeit zur Freimaurerloge behauptet worden ist. Ob Söderbloms Auffassung von der Freimaurerei und ihrer Harmlosigkeit richtig ist und ob die Forderung, daß Diener der evangelischen Kirche jedenfalls einer Geheimloge nicht angehören sollten, nicht ihre Berechtigung behält, bleibt natürlich eine Frage für sich. Jedenfalls aber ist, allen falschen Gerüchten entgegen, dies eine ausdrücklich festzustellen: Söderblom ist nicht Freimaurer, somit auch die von mir gemachte Bemerkung: „Sollte Söderblom Freimaurer sein, so ist ein gut Teil seines Erfolges zweifellos aus diesem Zusammenhang zu erklären", durchaus hinfällig ist.

Ernst Fricke, Scharnebeck b. Lüneburg.

Neuer Kabinettsrat über Osthilfe.

Unter Teilnahme des Reichsbankpräsidenten.

Das Reichskabinett begann unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther die abschließenden Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz). Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Eine chinesisch-amerikanische Schiffahrtsgesellschaft?

* Wie verlautet, haben amerikanische Schiffahrtsgesellschaften dem chinesischen Verkehrsminister den Vorschlag unterbreitet, eine chinesisch-amerikanische Schiffahrtsgesellschaft zu bilden. Die Amerikaner würden die Dampfer liefern, die unter chinesischer Flagge den Dienst versehen würden. Der Minister soll bereit sein, die Verhandlungen zu eröffnen.

Praktische Erwerbslosenhilfe.

Die Erwerbslosenziffer steigt von Tag zu Tag. Ratlos stehen wir dieser Erscheinung gegenüber. Wir dürfen aber nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen mit allen Kräften versuchen, unseren armen Volksgenossen zu helfen. Die beste Erwerbslosenhilfe ist und bleibt die Verschaffung von Arbeit. Von diesem Gesichtspunkt ist auch die Evangelisch-soziale Schule in Spandau ausgegangen, als sie sich daran machte, Arbeitslosenlager für jugendliche Erwerbslose einzurichten. Da nun die Arbeitsmöglichkeiten sehr gering sind, mußten wir unsere Lager dort aufbauen, wo solche Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, die wegen besonderer Umstände (öde Gegend) von anderen deutschen Arbeitern durchweg nicht ausgenutzt werden, oder wo die bestehenden Arbeitsplätze von ausländischen Arbeitern besetzt sind. Solche Verhältnisse finden wir in der Landwirtschaft. Die Evangelisch-soziale Schule hat deshalb ihre Lager auf landwirtschaftlichen Gütern eingerichtet. Das Stammlager (24. Juni 1930 geschaffen) befindet sich in Bergerdamm bei Nauen, von dem aus die Teilnehmer auf die anderen Lager in der Provinz verteilt werden. Außer der Schule beteiligen sich noch der Provinzialverband evangelischer Arbeitervereine Brandenburgs und die brandenburgische, evangelische Arbeiterjugend.

Die Lager sind auf dem Gedanken aufgebaut, die jugendlichen Erwerbslosen über die Zeit der Erwerbslosigkeit hinwegzubringen. Wir wissen ja alle, welchen Schaden an Leib und Seele gerade die jungen Menschen nehmen, wenn sie so lange Zeit untätig dahinleben müssen. Wenn auch die Teilnehmer in einem ganz anderen Berufe beschäftigt werden, als den sie gelernt haben, so ist keineswegs beabsichtigt, sie für die Landwirtschaft umzuschulen. Natürlich, wer in der Landwirtschaft bleiben will, dem ist es nicht verwehrt. Im übrigen kann jeder, der wieder in seinem Beruf Arbeit bekommt, das Lager verlassen.

Die Teilnahme ist freiwillig. Nur in freiwilligen Gemeinschaften, in denen echte Kameradschaft gepflegt wird, und in denen jeder gleichberechtigt ist, wird opferreiche Arbeit getan werden, wie sie solch Lagerleben von jedem erfordert. Wie die Jugendverbände sich zu freiwilligen Gemeinschaften zusammengeschlossen haben, so wird man auch diese praktische Erwerbslosenhilfe treiben müssen. Dadurch, daß die Teilnehmer sich freiwillig einer Idee unterordnen, haben sie die Kraft, um sich ein Hilfswerk zu schaffen, das sie vor der inneren Verelendung bewahrt. Unsere Jugend kann es mit jeder voraufgegangenen Jugendgeneration an Opfermut und Kraft aufnehmen. Man soll sie nur anzufassen wissen. Wenn ein Steinsetzer, der im Arbeitsverhältnis einen Stundenlohn von 1,72 ℳ und an Unterstützung mehr erhält, als wir ihm materiell geben können, sich freiwillig einer solchen Gemeinschaft unterordnet, so liegt noch kein Grund zum Verzweifeln an unserer Jugend vor. Das ist keine Einzelerscheinung.

Die Auswahl der Führer ist mit das Schwerste und Wichtigste an der ganzen Arbeit. Die Zeit des Befehlens ist vorbei. Der Führer muß sich bewähren, um Achtung zu haben. Er muß mit ihnen alles gemeinsam teilen. Er darf sich nicht außerhalb der Reihe stellen. Vor allem muß er mit den jugendlichen Teilnehmern auf Arbeit gehen und wirklich, wie jeder andere, mitarbeiten. Nur so wird er das Vertrauen der Jungens bekommen, und werden sie sich ihm freiwillig unterordnen. Der Führer darf nicht „hingesetzt" werden, sondern seine Ueberlegenheit, die er als Führer haben muß, müssen die Jungens fühlen. Mit einem Wort, der Führer muß den Jugendlichen Kamerad sein.

Die Lager umfassen ungefähr 100 Erwerbslose im durchschnittlichen Alter von 18—22 Jahren. Der größte Teil hat ein Handwerk erlernt, so daß die Teilnehmer sich ihre Wohnräume selbst herstellen können. Zigarettenrauchen und Alkoholgenuß ist untersagt. Um so mehr kann Pfeife geraucht werden. Politisieren ist in keiner Form gestattet. Nur durch das konsequente Aufrechterhalten dieses Verbotes ist es möglich, Teilnehmer aller möglichen politischen Richtungen in dem Lager zu vereinen.

Als Arbeitsdienst wird täglich 6 Stunden Landarbeit verrichtet. In den Sommermonaten wird natürlich die in der Landwirtschaft übliche Arbeitszeit in allen Lagern, mit Ausnahme des Stammlagers, eingehalten.

Um den jugendlichen Erwerbslosen ein Gegengewicht gegen die ihnen ungewohnte körperliche Arbeit und das ihnen innerlich oft so fremde Landleben zu geben, muß vor allem die geistige Betreuung gepflegt werden. Täglich wird deshalb ein zweistündiger Unterricht gehalten, in dem in Form der Arbeitsgemeinschaft Fragen der Weltanschauung und Lebensauffassung, der Wirtschaft und des Rechts, der Gesellschaft und der deutschen Geschichte behandelt werden.

Jeder Teilnehmer bekommt Arbeitskleidung. Um sich seinen Tabak, Schreibpapier und Porto kaufen zu können, erhält er ein wöchentliches Taschengeld von 1,20 ℳ. Außerdem wird ihm wöchentlich 1,— ℳ in sein Sparbuch geschrieben.

Bei einem wöchentlichen Zuschuß von 5,— ℳ pro Person kann sich mit dem Arbeitsverdienst bei den bescheidensten Ansprüchen ein Lager von 40—50 Jugendlichen erhalten.

Hier ist ein Weg, um unserer erwerbslosen Jugend zu helfen. Jeder wirke nach seinen Kräften mit, um dieses soziale Werk zu vergrößern und auf andere Provinzen auszudehnen.

„Der Mann ohne Feinde"

— Paris, 2. Februar.

Pierre Laval, dessen Kabinett nach der Programmerklärung in der französischen Kammer mit 312 gegen 258 Stimmen gebilligt wurde, wird sich kaum darüber im Zweifel sein, daß die Stellung seines Ministeriums trotz der über Erwarten großen Mehrheit von 54 Stimmen nicht gesichert ist. Die stärkste bürgerliche Partei, die Radikalsozialen, stehen der wiederauferstandenen Tardieu-Mehrheit in geschlossener Abwehrfront gegenüber, und die Sozialisten, denen Laval einst zugehört hat, haben seinen Abfall noch nicht verschmerzt. So wird Pierre Laval, von dem man bis vor kurzem sagte, er sei ein Mann ohne Feinde, in den nächsten Wochen schwer zu kämpfen haben.

Ueber den politischen Kurs, den das neue Kabinett Frankreichs — das achte seit den Wahlen von 1928 — zu steuern gedenkt, hat die Kammerdebatte wenig Aufschluß gegeben. Der Programmformulierung war das alte Rezept zu Grunde gelegt worden: „Wer vieles bringt, wird allen etwas bringen". Neues konnte Ministerpräsident Laval unter diesen Umständen nicht sagen; kleine Abweichungen von der gewohnten Tonart, wie sie in einigen Punkten zu verzeichnen sind, wollen nur wenig bedeuten. So sprach Laval nicht von der Aufrechterhaltung der Verträge, sondern nur von der „notwendigen Achtung vor den Verträgen", die den Leitsatz der Mächte bilden müßte, die mit Frankreich zusammenarbeiten wollen.

Aber schließlich stellt auch die Forderung der Vertragsrespektierung eine Absage an die Politik der Vertragsabänderung dar. Da aber die Verträge von 1919 es selbst an Achtung haben fehlen lassen, nämlich an der Achtung vor den Lebensrechten der Nationen, ergibt sich daraus, daß die Politik, die Frankreich bisher verfolgt hat und die Ministerpräsident Laval in Zukunft zu führen gedenkt, niemals zur Beruhigung Europas beitragen kann. Erst recht wird das deutlich, wenn man einen anderen Satz der neuen Programmerklärung beachtet, nach dem das Ministerium die Bestrebungen zur Annäherung der Völker fortsetzen will, „ohne jemals die Sorge um die Sicherheit des Landes außer Acht zu lassen und ohne die bereits mit befreundeten Nationen angeknüpften Beziehungen zu vernachlässigen". Das aber ist ein offenes Bekenntnis zur Fortsetzung der Bündnispolitik, deren Zweck es war, einen Wall feindlicher Staaten um Deutschland zu legen!

Was die Zusammensetzung der Regierung betrifft, sind die interessantesten Köpfe der Ministerpräsident selbst und der Senegalneger Blasius Diagne, der nun als erster Neger Mitglied einer europäischen Regierung geworden ist.

Pierre Laval ist von kleiner Herkunft. Er wurde 1883 in Chaleldon geboren und zog in jungen Jahren mit seinem Vater, einem Schlächter, durch die Dörfer, um von einem Karren aus die Waren an die Landbevölkerung zu verkaufen. Die Zwischenpause während der Fahrt von dem einen Dorf in das andere benutzte Pierre Laval, um sich fortzubilden. So trieb er es bis zu seinem fünfzehnten Lebensjahr, dann nahm sich ein Gönner des Knaben an, verschaffte ihm freien Unterricht und krönte das Werk schließlich damit, daß er den ehemaligen Schlächterlehrling auf die Pariser Universität schickte. Der weitere Aufstieg Pierre Lavals vollzog sich dann verhältnismäßig rasch. 1913 wurde er Bürgermeister eines Pariser Arbeitervororts, ein Jahr später sozialistischer Abgeordneter und 1923 Senator.

Der zum Unterstaatssekretär avancierte Blasius Diagne arbeitet im Kolonialministerium mit, doch wird das den französischen Negerlein kaum zum Vorteil gereichen. Zahlreiche dunkle Gerüchte umgeben seine schwarze Persönlichkeit. Diagnes Ruhm begann damit, daß er während des Weltkrieges die Rekrutierung der Eingeborenen betrieb, mit dem Erfolg, daß an die 100 000 Neger für Frankreich in den Schützengraben gingen. Die Sozialpolitiker kennen Diagne von der letzten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, wo er als Vertreter der französischen Regierung im Namen seiner schwarzen Brüder gegen die Abschaffung der Zwangsarbeit auftrat, mit der Begründung, die viel bekämpfte Zwangsarbeit sei das „zweckdienlichste" Mittel, den Eingeborenen „Disziplin und Zivilisation" beizubringen. Gern entsinnt man sich noch des heiteren Zwischenfalls, als Diagne in der Arbeitskonferenz seine Instruktionen, die jeder diplomatische Vertreter argwöhnisch verbirgt, in Genf naiv auf den Tisch des Hauses niederlegte. Denn damit hatte der schlaue Schachzug der französischen Regierung, einen Neger für die Beibehaltung der Zwangsarbeit eintreten zu lassen, seine Wirkung verfehlt. Nun mußte auch der Ungläubigste einsehen, daß der Vertreter der Eingeborenen nicht aus eigenem Antrieb, sondern nur in Erfüllung eines Auftrags, den Segnungen der französischen Kolonialpolitik einschließlich der Zwangsarbeit ein Loblied sang.

Deutsche Notlandung in Polen.

Der Führer des Flugzeugs, Pilot Gruse, ins Gefängnis eingeliefert!

— Berlin, 2. Februar.

Wie von zuständiger deutscher Seite bestätigt wird, ist infolge einer Motorstörung am Freitag ein deutsches Flugzeug in der Nähe von Wollin auf polnischem Gebiet notgelandet. Der Führer des Flugzeugs, Hans Gruse, das von Schneidemühl nach Breslau unterwegs war, ist von der polnischen Grenzwache verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert worden!

Obwohl seit vielen Jahren kein deutsches Flugzeug widerrechtlich in Polen notgelandet ist, scheint man in Warschau diese Gelegenheit wahrnehmen zu wollen, um mit Repressalien zu drohen. So konnte man in der polnischen Presse lesen, das Verhalten der Behörden werde von dem Urteil gegen die in Oppeln verhafteten polnischen Flieger — das inzwischen ergangen und sehr gelinde ausgefallen ist — abhängen. Diese Drohungen sind aber um so unberechtigter, als es sich bei der deutschen Notlandung um ein Verkehrsflugzeug handelt, während wir es bei den polnischen Uebergriffen regelmäßig mit Militärfliegern zu tun hatten!

Was will die „Grüne Woche?"

Schiele: Eine Angriffsfanfare und ein Warnruf. — Steiger: Der deutsche Markt den heimischen Erzeugnissen!

— Berlin, 2. Februar.

Der feierlichen Eröffnung der „6. Grünen Woche Berlin" wohnten etwa 1500 Ehrengäste bei. Die Reichs- und die preußische Staatsregierung waren durch mehrere Minister und führende Beamte vertreten, ferner bemerkte man zahlreiche Botschafter und Gesandte, sowie eine ganze Anzahl bekannter Männer des künstlerischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Die Grüße der Reichsregierung überbrachte Reichsernährungsminister Schiele. Auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Heerschau eingehend, wies Minister Schiele vor allem auf die Sonderschau „Produktionsumstellung und Absatzförderung" hin, da gerade die in diesem Teile der Ausstellung zur Erörterung gelangenden Fragen in den letzten Tagen wieder Gegenstand der Beratungen und gemeinsamen Arbeit von Reichsregierung und landwirtschaftlichen Führern gewesen seien.

Es handele sich darum, einen Gesamtplan zur Schaffung neuer und dauerhafter Grundlagen für eine solide Agrarwirtschaft aufzustellen. Die Grüne Woche sei eine Angriffsfanfare, ein lebendiger Beweis für den Fortschritt in der deutschen Landwirtschaft und für den nicht erlahmenden Schaffenswillen des deutschen Bauerntums. Zugleich sei sie ein ernster Warnruf, ein Gefahrsignal. Angesichts der brennenden Not des Nährstandes rufe die „Grüne Woche Berlin" in alle deutschen Lande und Städte hinaus: Deutsches Volk, besinne dich auf deine Landwirtschaft.

Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger verzeichnete ein wachsendes Interesse der Stadtbevölkerung an landwirtschaftlichen Fragen. Die große Sonderschau „Produktionsumstellung und Absatzförderung" wolle letzten Endes der Forderung „Der deutsche Markt den heimischen Erzeugnissen!", Geltung verschaffen. Mit wichtigen sozialen Aufgaben befasse sich die große Naturschutzausstellung. Die diesjährige Jagdausstellung der „Grünen Woche" sei die beste aller in der Nachkriegszeit veranstalteten deutschen Jagdausstellungen.

Minister Steiger schloß mit dem Wunsche, daß die „Grüne Woche" dazu beitragen möge, der Stadt- und Landbevölkerung zum Segen des Vaterlandes ihre Schicksalsverbundenheit nahezubringen.

Nachdem dann noch Bürgermeister Scholtz das Interesse der Reichshauptstadt an der Entwicklung und Wiedergesundung der deutschen Landwirtschaft betont hatte, fand die Eröffnungsfeier mit dem Deutschlandlied und einem Rundgang der Ehrengäste durch die acht Ausstellungshallen ihren Abschluß.

Aussprache zum Wohlfahrtsetat

Die Krebssterblichkeit übertrifft die Sterbeziffern der Tuberkulose.

— Berlin, den 31. Januar 1931.

Der Preußische Landtag führte die Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung legte der deutschnationale Abgeordnete **Krischik** gegen eine Aeußerung des Staatsministers Dr. Steiger Verwahrung ein.

Bei der Aussprache zum Wohlfahrtsetat verwies Abg. Frau Dr. **Wunderlich** (Staatsp.) auf die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtserwerbslosen und forderte ihre Betreuung durch das Reich. Abg. **Kohrt** (Wirtschp.) begrüßte die Ertüchtigung der Jugend, warnte aber vor einer Uebertreibung der Rekordjägerei, da diese die Lehrlinge nur von ihrem Beruf entfremde. Abg. Frau **Ulbrich** (Chr.-Soz.) bezeichnete es als eine wichtige Aufgabe, die jugendlichen erwerbslosen Ausgelernten zur Berufsfortbildung zu einer Art freiwilligen Arbeitsdienst heranzuziehen.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer

äußerte sich über den Gesundheitszustand in Preußen und erklärte, daß wir im abgelaufenen Jahre trotz wirtschaftlicher Not von ernsten Rückschlägen in der seit Jahren langsam sich bessernden Volksgesundheit verschont geblieben seien. Der Geburtenüberschuß weise im Jahre 1930 eine geringe Zunahme auf. Der Ausbau der Tuberkulosefürsorgestellen sei weiter gefördert worden. Die von Jahr zu Jahr zunehmende Zahl der Krebserkrankungen und ihre Todesfälle lasse es notwendig erscheinen, auch für die Krebskrankheit eine umfassende planmäßige Fürsorge in die Wege zu leiten. In den letzten Jahren seien in Preußen jährlich rund 10 000 Menschen mehr an Krebs als an Tuberkulose gestorben. Der Krankenhausbau habe weitere Fortschritte gemacht. Zum Schluß seiner Ausführungen zum Gesundheitswesen wies der Minister auf die starke Ueberfüllung des ärztlichen Studiums hin. Zur

allgemeinen Volkswohlfahrt

erklärte der Minister, daß rund 700 000 Kinder von der Kinderspeisung erfaßt worden seien: insgesamt seien mehr als 112 Millionen Portionen durch die Kinderspeisungen im letzten Jahre verausgabt worden. Die Erholungsfürsorge für die schulentlassene werktätige Jugend werde weiter ausgebaut. Alle noch zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Fonds für Jugendpflege und Leibesübungen würden für die Betreuung erwerbsloser Jugendlicher vorwiegend verwandt. Ein Abbau von Wohlfahrtspflegern dürfe nicht erfolgen. Notwendig sei eine Aenderung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes im Interesse der Erweiterung der vorbeugenden Fürsorgeerziehung. Angesichts der unerträglichen Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsausgaben sei eine grundlegende Neuregelung der Fürsorge für nichtversicherte Arbeitslose dringend erforderlich. Bei den Notstandsarbeiten hätten mangels größerer Mittel leider nur 10 000 bis 17 000 Arbeitslose monatlich beschäftigt werden können. Der Minister wandte sich dann dem

Wohnungswesen

zu und wies darauf hin, daß im Jahre 1930 rund 193 000 neue Wohnungen gegen 200 000 im Jahre 1929 fertiggestellt worden seien. Außerdem seien am 31. Dezember 1930 noch rund 95 000 unvollendete Wohnungsbauten vorhanden gewesen. Leider werde man 1931 kaum mehr als die Hälfte der Summe für den Wohnungsneubau haben, die noch im letzten Jahre zur Verfügung stand. Bezüglich der Hypothekenzinsen wies der Minister darauf hin, daß man heute für erste Hypotheken zu etwa 8½ Prozent Gesamtkosten abschließen könne. Sein systematisches Bestreben gehe dahin, diese Kosten nach Möglichkeit weiter herabzudrücken.

Abg. Frau **Christmann** (Soz.) bedauerte die Abstriche an den Mitteln für Wöchnerinnenhilfe und Kinderspeisungen. Angesichts der furchtbaren Notlage sei es sinnlos, der Geburtenregelung zu widerstreben. Abg. **Fritzsche** (Dntl.) bezeichnete den diesjährigen Wohlfahrtsetat als das Eingeständnis des Bankerotts der bisherigen Politik. Die Finanznot sei die Folge der Tribut-Erfüllungspolitik. Der Wohlfahrtsminister müsse sich an die Spitze der Tributgegner stellen. Ohne Revision gebe es keine Volkswohlfahrt.

Abg. **Heidenreich** (D. Vp.) wünschte größere Förderung der ärztlichen und zahnärztlichen Betreuung der Schulkinder. Die verschwenderische Ausstattung der Heime für gefallene Mädchen sei scharf zu verurteilen, ebenso manche Verschwendungen bei Krankenkassen-Neubauten.

Mussolini ist befriedigt.

Erklärung zum Butler-Zwischenfall.

Der italienische Botschafter in Washington veröffentlicht ein Telegramm Mussolinis, in dem dieser erklärt, er sei von vornherein überzeugt gewesen, daß bei dem Gerechtigkeitssinn der amerikanischen Regierung und der Wahrheitsliebe des amerikanischen Volkes eine baldige Genugtuung für den durch die Aeußerungen Butlers hervorgerufenen Zwischenfall erfolgen werde. Er bitte, der Bundesregierung mitzuteilen, daß er die Angelegenheit als abgeschlossen betrachte und bereits vergessen habe.

Ausschuß gegen Arbeitslosigkeit.

Von der Reichsregierung eingesetzt. — Seine Aufgabe: Ausarbeitung eines Gutachtens für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

— Berlin, 2. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der große Umfang, den die Arbeitslosigkeit in der Welt und besonders in Deutschland angenommen hat, hat bewirkt, daß ständig aus allen Kreisen der Bevölkerung Vorschläge zur Lösung der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fragen gemacht werden. Die Reichsregierung hat nunmehr eine Kommission berufen, die die grundlegenden Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen behandeln und der Reichsregierung ein Gutachten darüber erstatten soll. Die Kommission wird erstmalig am 5. Februar 1931 zusammentreten.

Wie weiter aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, gehören der Kommission, deren Vorsitz der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führen wird, als Mitglieder noch an, Reichsminister a. D. Dr. Dernburg; Dr. Dersch, Direktor im Reichsversicherungsamt, Professor an der Universität Berlin; Dr. Engler, Präsident des Landesarbeitsamt Hessen; Ministerialdirektor a. D. Frick; Prof. Dr. Eduard Heimann, Hamburg; Frau Antonie Hopmann; Dr. Wilhelm Polligkeit, Professor an der Universität Frankfurt a. M.; Dr. Tortilowicz von Batocki-Friebe, Oberpräsident a. D.; Dr. Friedrich Zahn, Präsident des Bayrischen Statistischen Landesamts.

Landbund fordert Rücktritt Brünings.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes zur Lage.

Berlin, 1. Febr. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat am Sonntag in Berlin getagt und eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Der Herr Reichspräsident hatte in seiner Botschaft vom 18. März 1930 der Reichsregierung die Aufgabe gestellt, daß zunächst die Agrarmaßnahmen, „die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt". Seitdem sind zehn Monate vergangen. Die Notlage der Landwirtschaft hat sich gerade in dieser Zeit in einem Ausmaße verschärft, welches in den letzten hundert Jahren geradezu beispiellos in der Welt dasteht. Unsere Warnungen sind ungehört verhallt. Die ständig wachsende Zahl der Konkurse in der Gesamtwirtschaft, die über alle Vorstellungen hinaus gewachsene Zahl der Arbeitslosen, sind das sichtbare Ergebnis der Versäumnisse und Fehler deutscher Agrarpolitik der Nachkriegszeit bis zum heutigen Tage. Wenn auch auf einer Reihe von Teilgebieten Maßnahmen, die der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität dienen sollten, getroffen worden sind, so sind die maßgebenden Grundprobleme bis heute noch nicht tatkräftig und ausreichend angepackt worden.

Auf dem Gebiete der Veredelungswirtschaft ist nicht das geringste geschehen. Aber auch in der Frage der Unterbringung der durch den deutschen Boden bedingten Roggen- und Kartoffelernten ist trotz praktischer Vorschläge der Landwirtschaft eine Regelung nicht gefunden worden, die der Erhaltung dieser größten Produktionszweige gerecht wird. Aber auch die weiteren Einzelgebiete der heimischen Erzeugung aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Gemüse-, Obst- und Weinbau, Geflügelhaltung sind in gleicher Weise vernachlässigt. Dies gilt sowohl für das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik und der innerwirtschaftlichen Maßnahmen, als auch der Kredit-, Steuer- und Sozialpolitik und verwandter Belastungen. Durch diese Mißhandlungen sind alle Teile des Landvolkes, alle Betriebsgrößen und Betriebsarten im ganzen Reiche betroffen. Insbesondere vermissen wir die erforderliche rasche Hilfeleistung für den wirtschaftlich zusammenbrechenden und damit nationalpolitisch gefährdeten deutschen Osten.

Die Schuldigen an dieser katastrophalen Entwicklung sind dieselben Kreise einseitig händlerischer und exportindustrieller Interessenten, die die gesamte deutsche Wirtschaft und Politik schon seit der Vorkriegszeit in verhängnisvoller Weise zum Schaden des deutschen Volkes beeinflußt haben. Die eigennützigen Bestrebungen dieser Kreise unter Einspannung der Marxisten haben es verstanden, die Möglichkeiten des nachrevolutionären Systemes für ihre Sonderzwecke auszunutzen. Geschicktes Ausspielen ihrer politischen Hilfstruppen in den Parlamenten habe es ermöglicht, für ihre Fehlpolitik den äußeren gesetz- und verfassungsmäßigen Rahmen zu schaffen.

Auch die gegenwärtige Reichsregierung ist diesen Einflüssen Schritt für Schritt erlegen und dadurch mitschuldig. Diesen Gegenkräften hätte eine Reichsregierung nur dann im Sinne des Hindenburg-Auftrages erfolgreich begegnen können, wenn sie sich auf die Kräfte gestützt hätte, die bereit waren, das Tributproblem anzupacken, den Schutz der deutschen Arbeit als sicherste Lebensgrundlage des deutschen Volkes aufzurichten und sich von den marxistischen Mächten, die gegenwärtig Preußen und von da aus die Reichsregierung beherrschen, gelöst hätte.

Die Reichsregierung hat durch ihr Versagen beim Landvolk tiefstes Mißtrauen erweckt. Die Verhandlungen der letzten Tage über neue Agrarmaßnahmen können an diesem Urteil um so weniger etwas ändern, als die von der Regierung in Aussicht genommene Methode der Durchführung zu Halbheiten und Mißerfolgen führen muß. Tönende Worte und halbe Maßnahmen lehnt die Landwirtschaft ab. Sie hat ein umfassendes Sanierungsprogramm vorgelegt.

Der Reichslandbund kämpft um eine Reichsleitung, die sich freimacht von den bisherigen schädlichen Einflüssen und Abhängigkeiten und fordert daher den Rücktritt einer Regierung, die nicht sofort und ungeschmälert diese Forderung zur Tat macht.

Der Berliner Presseball.

Ein gesellschaftliches Ereignis.

Der Verein Berliner Presse veranstaltete am Sonnabend im Zoo sein traditionelles Winterfest: den Berliner Presseball. Das Fest, dessen Reinertrag Wohltätigkeitszwecken zufließt, empfing seinen Glanz durch die Anwesenheit der hervorragendsten Persönlichkeiten aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der vielen eleganten und schönen Frauen.

Unter den Gästen befanden sich Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsminister des Innern Dr. Wirth, Reichswehrminister Dr. Groener, Reichsverkehrsminister v. Guérard und der stellvertretende Reichswirtschaftsminister Staatssekretär Dr. Trendelenburg, von der preußischen Staatsregierung Justizminister Dr. Schmidt und Kultusminister Dr. Grimme. Man bemerkte Prinz Heinrich der Niederlande, den österreichischen Gesandten Dr. Frank, den schwedischen Gesandten af Wirsén. Ferner waren u. a. anwesend von der Reichswehr die Generäle v. Schleicher, Hasse und Schreiber, der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller und Dr. Baumann von der Reichsbahnhauptverwaltung, der Präsident der Staatsbank Dr. Schröder, Bürgermeister Dr. Scholtz, Polizeipräsident Grzesinski, die Rektoren der Hochschulen und die prominentesten Vertreter von Bühne und Film, Schrifttum und bildender Kunst, Wirtschaft und Finanz.

Die bekanntesten Berliner Kapellen spielten zum Tanz. Die Tombola, die ebenso wie die ganze Veranstaltung Wohltätigkeitszwecken dient, übte einen starken Anreiz aus.

*

Kommentar überflüssig!

Polenflieger vor Gericht.

Wolf zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. — Sergeant Jmiela freigesprochen.

— Oppeln, 2. Februar.

Unter großem Andrang von Zuschauern und in Anwesenheit zahlreicher Pressevertreter aus Deutschland und Polen begann vor dem Erweiterten Schöffengericht Oppeln die Verhandlung gegen die beiden polnischen Flieger, die am Tage des Reichskanzlerbesuchs auf dem ehemaligen Exerzierplatz in Oppeln notlandeten. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Christian, die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Wolff. Der Verhandlung wohnte u. a. auch der polnische Generalkonsul in Beuthen bei.

Die beiden Angeklagten, Feldwebel Wolf und Sergeant Jmiela vom Fliegerregiment in Krakau, die vor der Anklagebank Platz nehmen, sind nach dem Eröffnungsbeschluß beschuldigt, die Reichsgrenze unbefugt überschritten zu haben, ohne im Besitz eines Ausweises gewesen zu sein, der Verpflichtung, sich durch einen Paß oder sonstige Papiere über ihre Person auszuweisen, nicht nachgekommen zu sein, und schließlich das Luftfahrtgesetz übertreten zu haben.

Nach einer ausführlichen Belehrung der geladenen fünf Zeugen begann die Vernehmung des Angeklagten Wolf, aus der u. a. hervorging, daß Wolf seit 1915 Flugzeugführer ist und damals als Beobachter und Jagdflieger an der deutsch-französischen Front weilte. Seit 1927 gehört er dem polnischen Militär als Flugzeugführer an. Der Angeklagte startete am 9. Januar um 12.30 Uhr in Krakau mit dem Auftrag, das Flugzeug nach Graudenz zu bringen. Infolge des heftigen Windes habe er einen Kurs genommen, bei dem er annahm, daß er niemals die deutsche Grenze berühren könnte. Nach einhalbstündiger Flugdauer bemerkte er bei dem schlechten Wetter — seinen Angaben zufolge herrschte ein heftiges Schneetreiben, das ihn zwang, mitunter nur in einer Höhe von 20 bis 30 Meter zu fliegen — daß er sich über einer Stadt befinde. Da er überhaupt nicht wußte, wo er war, habe er eine Notlandung vorgenommen, um sich zu orientieren.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung richtete der Vorsitzende verschiedene Fragen an die Angeklagten. Die Frage, ob sie gewußt hätten, daß am Tage ihrer Notlandung Reichskanzler Dr. Brüning in Oppeln geweilt habe, verneinten sie. Wolf erklärte, er lese zwar deutsche Zeitungen, kümmere sich aber nicht um Politik, und Jmiela gab an, überhaupt keine Zeitungen zu lesen. Ueber

die Vorgänge nach der Landung

erklärte Wolf, als erster sei ein Eisenbahner an seine Maschine herangekommen. Er habe ihn auf polnisch gefragt, wo er sei. Der Eisenbahner habe ihm erwidert: „Sie kommen wohl Brüning besuchen?" Als er, Wolf, dann erfahren habe, daß das der Reichskanzler sei, habe er geäußert: „Auch dieser Schmerz noch."

Bei der Urteilsfällung folgte das Gericht dem Antrag des Staatsanwalts. Dementsprechend verurteilte es den Feldwebel Wolf zu zwei Wochen Gefängnis; Sergeant Jmiela wurde freigesprochen. Die Gefängnisstrafe des Wolf gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Do X über dem Ozean.

Start zum Flug nach Las Palmas.

Am Sonnabendfrüh um 8.06 Uhr ist das deutsche Flugschiff Do X in Lissabon zum Fluge nach Südamerika aufgestiegen. Das Ziel der ersten Etappe ist Las Palmas auf den Kanarischen Inseln. Von dort soll dann der Flug zunächst nach Porto Praya auf den Kap Verdischen Inseln gehen.

In den Zwischenlandeplätzen ist ein Aufenthalt von je ein bis zwei Tagen vorgesehen. Eine Zwischenlandung auf der der brasilianischen Küste vorgelagerten Insel Fernando Noronha ist nur beabsichtigt, wenn günstige Witterungsverhältnisse es erlauben. Von den Kap Verdischen Inseln soll Do X vielmehr möglichst direkt nach Port Natal (Brasilien) fliegen, von wo aus der Flug nach Mittel- und Nordamerika fortgesetzt werden soll.

Die Entfernung Lissabon—Las Palmas beträgt 1400 Kilometer. An Bord befinden sich außer einer zwölfköpfigen Besatzung sechs Fluggäste, darunter der deutsche Geschäftsträger in Lissabon und der portugiesische Stabschef Admiral Gago Coutinho.

*

Do X in Las Palmas.

Das Flugschiff ist gegen 4 Uhr nachmittags nach rund sechseinhalbstündigem Flug in Las Palmas auf den Kanarischen Inseln glatt gelandet.

Im Zeichen der Zeit.

Kommunisten als Wegelagerer. — Ein Todesopfer.

In Moholz bei Niesky in der Oberlausitz fand eine nationalsozialistische Versammlung statt, die dauernd durch anwesende Kommunisten gestört wurde. Nachdem es bereits im Versammlungslokal zu einer Schlägerei gekommen war, bei der ein Nationalsozialist durch Messerstiche nicht unerheblich verletzt wurde, forderte der Oberlandjägermeister zur Aufrechterhaltung der Ordnung Schutzpolizei von Görlitz an.

Auf der Fahrt nach Moholz traf der Lastkraftwagen mit den Schupobeamten zwischen Niesky und See einen leeren Kraftomnibus, der Nationalsozialisten aus Niesky zur Versammlung nach Moholz bringen sollte, aber infolge einer Reifenpanne von den Nationalsozialisten verlassen war, die sich zu Fuß zum Versammlungslokal begeben wollten.

Diese, etwa 20 bis 25 Mann, wurden unterwegs aus einem Walde, offenbar von Kommunisten, beschossen. Durch die drei abgegebenen Schüsse wurden zwei Nationalsozialisten schwer verletzt. Einer von ihnen erhielt einen Beckenschuß, der andere einen Schuß in den Unterleib. Er wurde in bedenklichem Zustand in das Städtische Krankenhaus in Görlitz eingeliefert, wo er nachts seiner Verletzung erlegen ist.

Die Versammlung in Moholz mußte schließlich polizeilich aufgelöst werden. Die vor dem Versammlungslokal angesammelte Menge nahm gegen die Polizei eine drohende Haltung ein, und die Schupobeamten wurden mit Steinen beworfen, so daß die Polizei die Menge mit dem Gummiknüppel auseinandertrieb.

Letzte Meldungen.

Tarifkündigung für die oberschlesischen Eisenhütten.

— **Gleiwitz**, 2. Februar. Die Lohnregelung für die oberschlesischen Eisenhütten war bis 31. Januar befristet und konnte von diesem Tage ab mit zweimonatiger Kündigungsfrist erstmalig für Ende März gekündigt werden. Da es sich in keiner Weise übersehen läßt, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den nächsten zwei Monaten entwickeln werden, hat der Arbeitgeberverband von der Kündigungsmöglichkeit Gebrauch gemacht und die Lohnregelung für die oberschlesischen Eisenhütten vorsorglich für Ende März gekündigt.

Kündigung des Lohntarifs im Saargebiet.

— **Saarbrücken**, 2. Februar. Die Direktion der französischen Saargruben hat den Lohntarif für den Saarbergbau gekündigt. Am Dienstag werden die Verhandlungen mit den Organisationen um einen neuen Lohntarif bei der Bergwerksdirektion beginnen.

Kirche in Front.

Ein Bericht über den **Dritten Rheinischen Evangelischen Kirchentag** in Saarbrücken. Mit einem Geleitwort von Präses D. Wolff. Herausgegeben vom Evangelischen Preßverband für Rheinland. Reich bebildert. 100 Seiten. Essen 1931. Verlag des Evangelischen Preßverbandes. Preis 1,50 RM.

Der Kirchentag in Saarbrücken war nicht allein für die rheinische Kirche ein Ereignis. Er hat auch im übrigen Deutschland starke Beachtung evangelischer Kreise gefunden. Das vorliegende Berichtbuch gibt den Nichtteilnehmern einen anschaulichen Eindruck von dem äußeren und inneren Verlauf des Kirchentages. Es bringt die wichtigsten Vorträge und Ansprachen im Wortlaut oder in sinngemäßer Kürzung und gibt dazu einen fortlaufenden Rahmentext, der auch die äußeren Begleiterscheinungen der einzelnen Veranstaltungen stimmungsmäßig festhält. — Durch die reiche Gliederung des Stoffes und durch die zahlreichen Bilder hat das Buch den Charakter einer fesselnden und doch dokumentarischen Schilderung bekommen. Die Ausstattung erscheint vorbildlich.

Verschiedenes.

Kaiser-Wilhelm-Stiftung. In dem Kurort Bad Gastein, dessen heilkräftige Thermalbäder bekannt sind, liegt ein kleines Anwesen, „Schwarze Liesl" genannt. Es ist Eigentum der Kaiser-Wilhelm-Stiftung e. V. zu Bethel bei Bielefeld. In diesem Hause werden jährlich in den Monaten Juni, Juli und August einige Kriegsbeschädigte unentgeltlich aufgenommen. Sie erhalten freie Verpflegung und Bäder. In Betracht kommen nur solche Kriegsteilnehmer aus dem Mannschaftsstande, die in bedürftigen Verhältnissen leben und sonst keine Gelegenheit haben, durch Erholungskuren ihr Leiden zu lindern. Etwaige Meldungen für eine Kur sind an die Kaiser-Wilhelm-Stiftung E. V., Bethel bei Bielefeld, zu richten.

Bad Salzuflen im Winter. Das bedeutende Herz-, Rheuma- und Nervenbad hält auch in den Wintermonaten seinen vollen Kurbetrieb aufrecht. Die Bäder aus den beiden berühmten kohlensäurereichen Thermalsprudeln (32—38 Grad Celsius), sowie den Solquellen, die Fangopackungen und Trinkbrunnen werden wie sonst verabreicht. Zur Heilung der gerade in der Winterzeit so hartnäckigen Katarrhe der Luftwege empfiehlt sich das neue, schöne Inhalatorium, das auch pneumatische Kammern enthält. Bad Salzuflen hat im allgemeinen einen milden Winter, die benachbarten Waldberge schützen das Tal vor rauhen Winden. Die Winterlandschaft ist von großem Reiz. Bei genügend Schnee bietet eine zirka 1000 Meter lange Rodelbahn Sportgelegenheit. Auch in den Wintermonaten bietet Bad Salzuflen reichlich Zerstreuung für den Kurgast.

Bethel.

— **Versammlung der Konfirmierten:** der Mädchen am Dienstag, den 3., der Knaben am Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr bei Herrn Pastor Wilmanns, Saronweg 37.

— Am Mittwoch den 4. Februar 1931 nachmittags 1.30 Uhr findet eine Feuerwehrübung statt. Pünktlich antreten.

Der Brandmeister.

— **Frauenhilfe.** Mittwoch, den 4. Februar, 3½ Uhr nachm. im Jungfrauensaal des Assapheums. — Das nächste Missionsnähen findet Mittwoch, den 11. Februar, statt.

J. V.: E. Brandt.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Gl. Bäcker- und Konditorgehilfe

(28 J.), vertraut mit sämtlich vorkommenden Arbeiten eines mittleren Betriebes, Spezial-Ofenarbeiter, welcher bisher in Vertrauensstellungen in Ost- und Westdeutschland tätig war, sucht per sofort oder später Stellung ähnlicher Art. Gute Zeugnisse und Referenzen stehen zur Verfügung. Angebote unter A 1103 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Der Wert einer Anzeige wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

BILLIG!

Erhielt einen Posten **Schülerstiefel**, Rindboxderbyagraffen 2sohlig gepinnt, wasserdichtes Futter, von über 130 Paar, 27/30 8.50, 31/35 10.—, 36/39 12.— franko Zusendung. Umtauschvorbehalt.

R. Wolfram, Kierspe-Bhf., Postf. 23.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Gichl & Sohn

Sangerhausen Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Opfer erhältlich.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. – Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Altersheim Grötzingen bei Karlsruhe

am Fuße des Badischen Schwarzwaldes.

Ein Heim für alleinstehende Damen und Herren wird in Grötzingen bei Karlsruhe zu errichten geplant. Dasselbe soll mit allen Einrichtungen moderner Hygiene und Annehmlichkeiten ausgestattet und jeder Anstaltstyp soll darin vermieden werden; so daß es ein familiäres Heim wird.

Die Lage des Landortes Grötzingen, welches an der Bahnlinie Karlsruhe, Pforzheim und Bretten liegt und Bahnstation ist, zeichnet sich landschaftlich durch die schönen Gebirgszüge und dem bekannten Pfinztal aus.

Um die notwendigen Dispositionen treffen zu können, wollen sich Interessenten jetzt schon unverbindlich vormerken lassen mit Angabe der eventl. Einkaufssumme, oder der Ihnen zur Verfügung stehenden Beitragszahlung bei

Erholungsheim Grötzingen bei Karlsruhe, Haus Eben-Ezer.